

Auszug
aus der Niederschrift über die Sitzung
des Samtgemeinderates Bothel am 22.06.2004

pp.

TOP 8 - Antrag des Rats Herrn Christian Sonnenwald vom 20.04.2004:
Resolution zur Y-Trasse
(Drucks.-Nr. 30/2004)

RH Sonnenwald erläutert den vorgelegten Resolutionsentwurf, der heute im Kreistag ebenfalls behandelt wurde. Er erläutert anhand einer Zeitschiene die Diskussionen um die Verfolgung dieses Großprojektes. Erst wenn der Bundesverkehrswegeplan geändert werde, ist für die Samtgemeinde und die Mitgliedsgemeinden die Planungssicherheit wieder hergestellt. Er bittet den SGR, eine gleichlautende Resolution zu beschließen und diese allen Verantwortlichen zu übergeben. Durch die Befristung aus § 16 NROG läuft die landesplanerische Feststellung am 20.03.2008 aus. Solange müsse nicht unbedingt gewartet werden.

SGBM Woltmann berichtet, dass – nach einvernehmlichen Aussagen der Bundestagsabgeordneten Stünker und Grindel – die Y-Trasse vor 2008 nicht realisierbar ist. Er zitiert hierzu außerdem Mitteilungen des VCD. Weiter führt er aus, man solle nicht verkennen, dass die Y-Trasse von den Ministerpräsidenten der vier Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen ausdrücklich befürwortet wird.

RH Sonnenwald führt aus, dass in der betroffenen Region alle Fraktionen diesem Projekt ablehnend gegenüberstehen, was von RH Lüdemann seitens der CDU-Fraktion im SGR ausdrücklich unterstrichen wird.

Sodann beschließt der SGR einstimmig folgende Resolution:

- 1. Der Samtgemeinderat bittet alle hiesigen Mitglieder des Nieders. Landtages, insbesondere den für Raumordnung zuständigen Minister Hans-Heinrich Ehlen, sich entsprechend der nachfolgenden Resolution dafür einzusetzen, den Widerruf der landesplanerischen Feststellung für die Y-Trasse durch die Nieders. Landesregierung zu veranlassen.**

2. Resolution

Wie der Nieders. Minister für Wirtschaft und Verkehr am 31.03.2004 öffentlich mitteilte, fällt die Y-Trasse dem Sparzwang zum Opfer. Die Samtgemeinde Bothel begrüßt diese Entwicklung. Solange die Y-Trasse jedoch im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist, ist eine Realisierung – wenn auch in ferner Zukunft – nicht auszuschließen. Die Samtgemeinde Bothel bittet die Landesregierung, die landesplanerische Feststellung der Bezirksregierung Lüneburg vom März 2001 zu überprüfen und bei einer nicht gesicherten zeitnahen Umsetzung den Widerruf der landesplanerischen Feststellung zu veranlassen. Nur so kann endgültig die Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeit der betroffenen Gemeinden ausgeräumt werden. Vor dem Hintergrund, dass das Großprojekt Y-Trasse kurzfristig nicht weiter geplant und realisiert werden kann, halten wir die Landesregierung für verpflichtet, so zu verfahren. Nur so ist eine endgültige Planungssicherheit für die betroffenen Gemeinden gewährleistet.

pp.